

Solothurn, 27. Dezember 2012

Polizei Kanton Solothurn  
Schanzmühle  
Werkhofstrasse 33  
4503 Solothurn

**Vernehmlassung zu der Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und weiterer Erlasse (im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung durch die Polizei Kanton Solothurn) - Vernehmlassungsantwort**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Vernehmlassungsentwurf unsere Meinung äussern zu können. Die Vorlage wurde in der Arbeitsgruppe Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik diskutiert, und wir nehmen wie folgt Stellung:

Grundsätzlich ist gegen die vorgeschlagenen Änderungen nichts einzuwenden, zumal sie zu einem grossen Teil aufgrund übergeordneten Rechts notwendig sind. Zu begrüssen sind insbesondere die wieder gesetzlich geregelten Möglichkeiten der verdeckten Ermittlung sowie die neu geschaffenen rechtlichen Grundlagen des sogenannten "Bedrohungsmanagements". Letztere erscheinen uns sinnvoll und auch verhältnismässig ausgestaltet zu sein.

Der Verzicht auf das Schweizer Bürgerrecht als Voraussetzung für die Aufnahme in die Polizeischule und für die Anstellung als Korpsangehörige wurde innerhalb der Partei kontrovers diskutiert. Es ist zum heutigen Zeitpunkt fraglich, ob diese vorgeschlagene Änderung im Kantonsrat bei der Fraktion der FDP.Die Liberalen auf eine Mehrheit stossen wird. Sollte die Änderung eingeführt werden, ist es unseres Erachtens zentral, dass ein potentieller Angehöriger des Polizeikorps in der Gesellschaft sehr gut integriert und mit den hiesigen Werten vertraut zu sein hat. Er muss dabei insbesondere auch die Umgangssprache einwandfrei verstehen, idealerweise auch sprechen. Letztlich ist es eine Frage der Güterabwägung, ob auf das Schweizer Bürgerrecht als Voraussetzung verzichtet werden soll. Ob die in der Vorlage genannten Vorteile die geäusserten Bedenken zu überwiegen vermögen, kann heute nicht abschliessend beurteilt werden.

Hinsichtlich der Anpassungen bei Rückkehrverboten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt erachten wir die Möglichkeit der Publikation im Amtsblatt als einschneidende Massnahme. Sie soll unseres Erachtens nur als "ultima ratio" zum Einsatz gelangen, wenn alle anderen Möglichkeiten der Eröffnung des Rückkehrverbotes erfolglos ausgeschöpft sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Bemerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

**FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn**  
Der Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Scheuermeyer', written in a cursive style.

Christian Scheuermeyer